Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 268 — 88. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 18. November 1929

An die Arbeit!

Man kann den guten alten Wallenstein Schillers kaum bemühen. Denn „der letzten Tage Qual" war nicht sehr groß, weil die Propaganda der Parteien diesmal infolge nicht allzu hoher Bankkonten in ziemlich engen Grenzen blieb. Höchstens, daß die Unzahl der Wahllisten von manchmal verzweifelter Ähnlichkeit dem nicht ganz „zielbewußt" zur Urne schreitenden Wähler einige Qual machte. Soweit ihn nicht die Faulheit oder sonstige „überzeugende" Gründe bewogen, einfach zu Hause zu bleiben.

Vor allem darf man — diesmal ist mit diesem „man" der neue Volksvertreter bzw. die Volksvertreterin gemeint! — die Fortsetzung des Wallenstein-Zitats trotz anstrengender Wahlarbeit auf sich selbst anwenden und aufatmend erklären: „Ich denke einen langen Schlaf zu tun." Derartige Schlafanwandlungen verträgt nämlich die Lage der Kommunen und Kommunalverbände durchaus nicht, sie verlangt vielmehr schleunigstes Einsetzen der ganzen Arbeitskraft, und die Wähler haben den neuen Volksvertretern nicht bloß Amt und Würde übertragen, sondern viel mehr als dies, nämlich Verantwortung und Bürde.

*

Wenn der „Rausch" des Sieges oder die Enttäuschung über die Niederlage verflogen ist und der politische Alltag seine Rechte fordert, dann steht unter diesen Forderungen an allererster Stelle eine solche, die man in die bekannte Skatregel kleiden möchte: Bitte keine „Leichenreden" halten! Daß nun nicht etwa der Zusammentritt der neuen Volksvertretungen namentlich in den Gemeinden ausgiebig dazu benutzt wird, sich gegenseitig allerhand richtige oder falsche Sünden aus der Zeit der Wahlpropaganda vorzuwerfen. Und zu erklären, womöglich noch laut auszuführen, was für ein gemeiner Kerl eigentlich der andere sei. Solche „Leichenreden" sind die Luft nicht wert, die sie erschüttern. Sind nur zeitraubend, und die Zeit ist angesichts namentlich der finanziellen Lage der Kommunen etwas sehr Kostbares.

Man kann nämlich gleich bei den Wahlen der neuen Stadträte, Deputations- oder Kommissionsmitglieder usw. einmal zeigen, ob man wirklich aus den leider Gottes so zahlreich gewordenen „Korruptionsfällen" etwas gelernt hat. Daß für die Übernahme eines solchen, häufig finanziell so überaus bedeutsamen Amtes vor allem, nein, ganz allein die Befähigung dafür ausschlaggebend sein muß und nicht irgendwelche Verdienste um die Partei, weil man sonst, wie allzu viele Beispiele lehren, später gar leicht ganz anderen „Verdiensten" auf die Spur kommen kann! Übel genug ist nach dieser Richtung die Parteipolitik mit der Selbstverwaltung umgesprungen. Nicht auf die sogenannte „gute Gesinnung" darf es also ankommen, sondern nur auf das Können. Die Wähler sind ja in dieser Hinsicht vor der Wahl massenhaft mit donnernden Versprechungen überflutet worden; jetzt ist's an der Zeit zu beweisen, daß dies nicht nur Wahlversprechungen in dem üblichen Sinne waren, also rasch vergessene Wahllockmittel.

*

Sorgen genug werden ja bald auf die Häupter der Neugewählten hinabsinken. Der Winter naht mit Brausen, aber nicht bloß solchem klimatischer Art, sondern mit dem Wachsen der wirtschaftlichen Not, finanzieller Bedrängnis. Die Zahl der Erwerbslosen schwillt in raschem Tempo an und damit auch die Zahl derer, die der öffentlichen Wohlfahrtspflege der Kommunen anheimfallen. Dabei sind die Finanzen wohl fast aller Kommunen derart gespannt, daß mancherorts der Bogen bereits zu brechen droht. Hilfe von außen ist gar nicht zu haben oder nur unter sehr hohen, fast würgenden Kosten; ebenso ist der Weg der Anleihe so gut wie gesperrt. Das Reich, die Länder können auch nicht helfen und die Steuerschraube darf jetzt in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Not — jeder Tag bringt Dutzende, ja Hunderte von Zahlungseinstellungen — auch nicht noch mehr angezogen werden. Jetzt heißt's wirklich auch für die Kommunen: Sich nach der Decke strecken! Jeden Pfennig dreimal umdrehen, ehe man ihn ausgibt. Und jede Ausgabe größerer Art sechsmal prüfen, ehe man sie bewilligt.

Und so geben die Wähler ihren neuen Vertretungen die Forderung mit auf den Weg, Diktatoren der Sparsamkeit zu werden.

Londoner Seeabrüstungskonferenz.

Beginn 21. Januar.

Nach Berichten aus Rom hat die englische Regierung der italienischen Regierung den 21. Januar als den Beginn der Londoner Seeabrüstungskonferenz bezeichnet. Man ist der Meinung, daß Italien gegen diesen Zeitpunkt keine Einwendungen erheben wird. Die italienische Regierung habe bisher noch keine Vorschläge über die Fragen erhalten, die auf der Londoner Konferenz zur Beratung gestellt werden sollen. Je länger aber die Mitteilung dieser Vorschläge hinausgezögert würde, um so weniger Zeit bleibe für die notwendige Vorbereitung der Konferenz durch die interessierten Mächte. Amerika hat dem 21. Januar 1930 als Datum für den Beginn der Flottenkonferenz bereits zugestimmt.

Zweite Haager Konferenz im Januar

Beginn der Saarverhandlungen?

Die Pariser Presse berichtet, daß im Ministerrat die Bilanz der Tätigkeit der im Haag eingesetzten Ausschüsse gezogen wurde. Man stellte fest, daß mit Ausnahme der Kommission für die Ostreparationen die Arbeiten so gut wie beendet sind. Die französischen Minister kamen jedoch zu der Überzeugung, daß alle Ausschüsse zu einem Ergebnis gekommen sein müßten, bevor die Einberufung der zweiten Haager Konferenz möglich wäre. Es könne also nicht mehr von einer Einberufung der Konferenz gegen den 15. Dezember die Rede sein. Als voraussichtlicher Termin käme vielmehr die erste Hälfte des Monats Januar in Betracht.

Der „New York Herald" will berichten können, daß bereits in dem am Sonnabend abgehaltenen Kabinettsrat beschlossen worden sei, versuchsweise den 3. Januar für den Beginn der zweiten Haager Konferenz vorzuschlagen. Das gleiche Blatt glaubt übrigens zu wissen, daß die zweite Konferenz möglicherweise nicht im Haag zusammentreten werde, daß aber auf jeden Fall Ministerpräsident Tardieu selbst die Führung der französischen Delegation übernehmen werde.

Eine weitere Pariser Meldung besagt, daß die deutsch-französischen Saarverhandlungen in dieser Woche aufgenommen werden sollen. Der Führer der französischen Delegation wird der Minister für öffentliche Arbeiten, Pernot, sein. Die beschleunigte Aufnahme der Verhandlungen soll auf einen Schritt zurückzuführen sein, den der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Hoesch, Ende der vergangenen Woche im französischen Außenministerium unternommen hat.

•

Das Zentrum zum Young-Plan.

Deutschland hat genug getan.

Nochmals hat der Führer der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Kaas, Erklärungen über die kommende deutsche Außenpolitik abgegeben. Die Erklärungen richten sich in ihrer Tendenz unverkennbar an die französische Adresse und betonen, daß nach alledem, was Deutschland bisher zum Beweis seines Verständigungswillens getan habe, es genug sei. Nunmehr sei es an der Zeit, auch von der Gegenseite größere Bereitwilligkeit zur endlichen gründlichen Beseitigung der Kriegsfolgen zu erwarten.

Prälat Kaas hielt seine Rede bei Gelegenheit einer Versammlung zu den Kommunalwahlen in Trier. Er führte u. a. aus, die Bedeutung der Kommunalwahlen liege darin, daß sie in eine Zeit fallen, in der sich die außenpolitischen Dinge zu runden beginnen und in der allmählich Kämpfe und Arbeitsobjekte an uns herantreten, vor deren Größe jede kleinliche politische Spießbürgerei zurücktreten müsse.

Die deutsche Außenpolitik

stehe heute in einem entscheidenden Stadium. Es seien Schicksalsfragen, um die gerungen werde. Der Redner werde sich mit Bewußtsein jedem Streben außerhalb und innerhalb der Zentrumspartei entgegenstellen, verantwortliche Entscheidungen in dem Augenblick vorzunehmen, in dem sie in den Augen eines besonnenen Staatsmannes noch nicht als reif bezeichnet werden könnten.

Solange wir noch nicht das Gesamtergebnis vor uns haben, sagte Prälat Kaas, solange sich die Gegenseite in Schweigen hüllt und von uns Vorschläge erwartet, solange erscheint mir der Weg noch nicht frei dafür, daß ich als verantwortlicher Führer der Deutschen Zentrumspartei heute schon nach der einen oder anderen Seite eine endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Young-Planes fällen könnte.

Wenn die Vorgänge beim Volksbegehren auch nicht in der Lage sind, die Tiefe und die Aufrichtigkeit des Verständigungswillens des deutschen Volkes zweifelhaft erscheinen zu lassen, so sind sie auf alle Fälle auch keine Erleichterung unserer Verhandlungen. Aber es muß auch an die Gegenseite die ernste und nachhaltige Aufforderung gerichtet werden, nun endlich ohne weitere Verzögerung die Rückwirkungen eintreten zu lassen, auf die unsere Verständigungspolitik schon so lange Anspruch habe.

Man solle doch nicht jenseits der Vogesen glauben, daß Deutschland einen Pfennig mehr zahlen würde, wenn es noch weiter besetzt bleibe. Das eine stehe fest, daß an dem Endtermin der Räumung, dem 30. Juni, nicht zu rütteln sei. Die Saar müsse wieder zurückkehren zu dem Volke, zu dem sie gehört. Sie habe ein Recht auf Selbstbestimmung, von der im Versailler Vertrag die Rede ist.

Wenn man einen Frieden wolle, dann müsse man endlich Schluß machen mit dem Begriff von Sieger und Besiegten. Wenn man sich in Frankreich auf Paragraphenausbeutung zurückziehe, so müsse jeder ehrliche Politiker erkennen, daß ein solcher Weg zu nichts führe.

Hoover beruft eine Wirtschaftskonferenz.

Wettbewerb mit Europa.

Präsident Hoover gab bekannt, daß er nach mehreren Rücksprachen mit den Führern von Industrie und Wirtschaft für Mitte der beginnenden Woche eine vorbereitende Konferenz von Vertretern der Industrie, der Landwirtschaft, der Arbeiterschaft sowie der zuständigen Ressorts (Schatzamt, Handels-, Arbeits- und Ackerbauamt) einberufen habe, um bei der durch den Börsenkrach geschaffenen Lage ein Programm zu entwerfen und alsbald bestimmte Schritte zur Inangriffnahme großer Arbeiten zu tun. Es sei ein reichliches Angebot von Bauaufträgen für Eisenbahn, Schiffahrt, Gas, Wasser und Elektrizität sowie für Bundes- und staatliche Zwecke vorhanden und gemeinsam mit der Farmbehörde und der Bundesreservebehörde solle für die Organisation eines großzügigen Arbeitsprogramms Sorge getragen werden.

Mangel an Vertrauen zu der wirtschaftlichen Lage Amerikas sei töricht; die Fähigkeit und Bereitwilligkeit von Ressorts und Führern der Wirtschaft zu gemeinsamer Arbeit seien eine Garantie für die Überwindung der gegenwärtigen Lage.

Konkurrenz für Europa.

Fast zweifellos verbergen sich hinter den offiziellen Worten Hoovers noch weitere Tendenzen, deren Richtung unschwer zu erkennen ist, wenn man die durch die Börsenereignisse offenbar gewordene Schwächung der innenpolitischen Wirtschaftssicherheit der Vereinigten Staaten berücksichtigt, zu der wahrscheinlich auch die Furcht vor einer möglicherweise einsetzenden verstärkten Arbeitslosigkeit tritt. Die amerikanische Industrie hat sich während und nach dem Kriege mit großer Vehemenz auf die Massenproduktion und deren Verbilligung eingestellt; findet sie im Lande selbst bei allgemein herabgesetzter Kaufkraft keinen Absatz mehr, so liegt es nahe, daß sie auf

größere Ausfuhrmöglichkeiten

sinnt, und dabei kommen in erster Linie die europäischen Länder, nicht zum wenigsten Deutschland, in Betracht. Die vorhandene Geldflüssigkeit und die bereits angekündigte Steuerherabsetzung für Anfang des nächsten Jahres würden es den amerikanischen Industriellen gestatten, ihre Fabriken unter Umständen auch unter Minderung der Kapitalverdienste in Gang zu halten und neue Vorstöße auf den Weltmärkten zu unternehmen. Schon jetzt ist das Preisniveau wichtiger Artikel, namentlich soweit sie Luxuscharakter haben, bedeutend gesunken. In Europa sollte man den sich anbahnenden neuen Wettbewerb der Vereinigten Staaten mit Aufmerksamkeit beobachten.

Gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Die Besorgnisse der sächsischen Landwirtschaft.

Der Sächsische Landbund hat an das sächsische Wirtschaftsministerium folgende Eingabe gerichtet: Die Verhandlungen mit Polen zwecks Abschlusses eines deutsch-polnischen Handelsvertrages, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit bisher geführt sind, sollen so gut wie abgeschlossen sein. Das, was darüber zur Kenntnis weiterer Kreise gelangt ist, erfüllt die sächsische Landwirtschaft mit größter Sorge. An das Ministerium richten wir die dringende Bitte, bei der Reichsregierung nachdrücklich Verwahrung einzulegen, daß ein Handelsvertrag mit Polen unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen der deutschen Landwirtschaft abgeschlossen wird. Keinesfalls darf ein Vertrag, auch wenn er diese Interessen wahrt, in Kraft gesetzt werden, solange die Zollautonomie für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht wiederhergestellt ist.

Eisenbahnattentat auf der Strecke Magdeburg—Braunschweig.

Eine Lasche gelöst. — 1000 Mark Belohnung.

Die Reichsbahndirektion Magdeburg teilt unterm 17. November mit: Gestern abend gegen 9.40 Uhr wurde auf der Strecke Magdeburg—Braunschweig in Höhe des Vorsignals vor Bahnhof Weddel hinter Schandelah wiederum ein Eisenbahnattentat verübt. Es waren eine Lasche vom Schienenstück gelöst und mehrere Schwellen auf das Gleis gelegt worden. Der Lokomotivführer des Güterzuges 8300 fuhr auf das Hindernis auf, ohne daß jedoch ein Schaden entstand. Der Bahnstreifdienst, der sich in der Nähe aufhielt, nahm sofort die Verfolgung der Täter auf. Die Spur war aber durch den

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF